RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR ARBEIT, SOZIALES, TRANSFORMATION UND DIGITALISIERUNG

Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung
Postfach 31 80 | 55021 Mainz

Vorsitzender des
Ausschusses für Arbeit, Soziales, Pflege
und Transformation
Herrn Michael Hüttner, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
**18/6978**
VORLAGE

**DIE MINISTERIN**

Bauhofstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2452
Mail: poststelle@mastd.rlp.de
www.mastd.rlp.de

17. Februar 2025

| Mein Aktenzeichen | Ihr Schreiben vom | Ansprechpartner/-in / E-Mail | Telefon / Fax |
|---|---|---|---|
| PuK | | Dagmar Rhein-Schwabenbauer<br>Dagmar.Rhein@mastd.rlp.de | 06131 16-2415 |

**32. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Pflege und Transformation am 14. Februar 2025**
**hier: TOP 2**
**Konsum von Benzodiazepinen und Opioiden unter Jugendlichen und Erwachsenen in Rheinland-Pfalz**
**Antrag der Fraktion der CDU, Vorlage 18/6820**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Hüttner,

in der 32. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Pflege und Transformation am 14. Februar 2025 wurde der oben genannte Tagesordnungspunkt mit der Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung für erledigt erklärt.

Ich berichte daher wie folgt:

Wegen einer akuten Intoxikation durch Opioide wurden im Jahr 2023 insgesamt 43 Menschen mit Wohnsitz in Rheinland-Pfalz in einem Krankenhaus behandelt, darunter zwei junge Menschen unter 20 Jahren. Hier zeigt sich ein abnehmender Trend. Im Jahr 2019 waren es noch insgesamt 77 Behandlungsfälle, darunter zwölf junge Menschen unter 20 Jahren.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik erfasst allgemein die Straftaten nach dem Arzneimittelgesetz, ohne dabei nach einzelnen Substanzen zu unterscheiden: Im Jahr 2023 wurden so in Rheinland-Pfalz insgesamt 220 Fälle gegenüber 142 Fällen im Jahr 2019 polizeilich erfasst.

Das Justizministerium teilt mit, dass die Staatsanwaltschaften Kaiserslautern und Zweibrücken, deren Zuständigkeitsbereich die Westpfalz umfasst, keinen möglichen signifikanten Anstieg des Konsums von Benzodiazepinen in den einschlägigen Ermittlungsverfahren festgestellt haben. Auch die Staatsanwaltschaften Frankenthal und Landau haben nicht über einen solchen Trend berichtet. Eine Erschwerung der Strafverfolgung sei nicht zu verzeichnen.

Aufgrund des erheblichen Suchtpotenzials von verschreibungspflichtigen Benzodiazepinen und Opioiden bedarf es gesamtgesellschaftlicher Anstrengungen, dem Medikamentenmissbrauch entgegen zu wirken.

Besonders zu erwähnen sind die verantwortungsbewusste Verschreibung, Aufklärung und Therapiebegleitung durch Ärztinnen und Ärzte, die Beratung und Aufklärung über Apotheken, die Verantwortlichkeit und das Vorbildverhalten von Eltern ihren Kindern gegenüber, Gesundheitsförderung und Prävention, das Angebot von Beratungsdiensten oder die Bekämpfung des illegalen Handels mit diesen Substanzen.

Die Landesregierung unterstützt und fördert die wichtige Arbeit der 43 Suchtberatungsstellen und 16 Außenstellen in Rheinland-Pfalz. Diese wurden im Jahr 2023 von insgesamt 15.174 Menschen mit zwei und mehr Kontakten aufgesucht; davon 155 Menschen wegen eines problematischen Medikamentenkonsums. Neben der Hilfegewährung bei einer Suchtmittelproblematik zählt zu deren Aufgaben auch die Begleitung und Umsetzung suchtpräventiver Maßnahmen in den Regionen.

Suchtprävention ist ein besonderer Schwerpunkt der rheinland-pfälzischen Sucht- und Drogenpolitik. Es bestehen mit dem Referat für Suchtprävention beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung, den Suchtberatungsstellen, den dort angebundenen Präventionsfachkräften, den 41 regionalen Arbeitskreisen Suchtprävention sowie den Beratungslehrkräften für Suchtprävention an Schulen, gute Strukturen.

Über diese seitens des Landes geförderten Strukturen werden jährlich und bedarfsorientiert vielfältige zielgruppenspezifische Angebote vorgehalten. Es wird suchtstoffübergreifend bezüglich der Risiken und Gefahren des Konsums von Suchtmitteln - so auch zu Medikamenten - sensibilisiert und insbesondere dazu beigetragen, junge Menschen in ihren Handlungskompetenzen, Selbstwert und Selbstwirksamkeit zu stärken.

Mit dem Referat für Suchtprävention beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung ist eine zentrale landesweite Ansprech- und Koordinierungsstelle gegeben. Sie initiiert, koordiniert und unterstützt Maßnahmen und Angebote der Suchtprävention oder qualifiziert und begleitet Fachkräfte der genannten Strukturen mit (Multiplikatoren-)Programmen und Fortbildungsangeboten. Zu den Programmen zählen unter anderem „MOVE -motivierende Gesprächsführung mit konsumierenden Jugendlichen“, SKOLL - Selbstkontrolltraining oder „FreD - Frühintervention bei erstauffälligen Drogenkonsumenten“. Die Angebote sind unter www.suchtpraevention.rlp.de einsehbar.

Im Jahr 2024 wurden für die Förderung der Suchtberatungsstellen und suchtpräventiven Maßnahmen insgesamt rund 6,5 Millionen Euro aus Landesmitteln des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung verausgabt. Davon 1,2 Millionen Euro für das Fachkräfteprogramm Suchtprävention in Anbindung an die Suchtberatungsstellen.

Darüber hinaus stehen bundesweit über das Bundesinstitut für öffentliche Gesundheit (vormals Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung) und die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen zahlreiche Informationen zur Nutzung bereit, auch zu Medikamenten, wie beispielsweise die Broschüre „Medikamente - ab wann sind sie riskant“ in „leichter“ Sprache oder die Materialien speziell zu Benzodiazepinen und Opioiden.

Des Weiteren wird im Rahmen der polizeilichen Prävention zielgruppenspezifisch zu Risiken und Gefahren des Substanzkonsums aufgeklärt und sensibilisiert, etwa mit Vorträgen oder mit weiteren Präventionsveranstaltungen wie „PIT - Prävention im Team“ oder den „easi“-Projekttagen (easi für Erlebnis, Aktion, Spaß und Information) an Schulen.

Die kriminalpolizeilichen Fachkommissariate zur Bekämpfung der Betäubungsmittelkriminalität in den regionalen Polizeipräsidien verfolgen auch Verstöße gegen das Arzneimittelgesetz konsequent.

Mit der „Gemeinsamen Ermittlungsgruppe Rauschgift Polizei/Zoll“ im Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz ist zudem eine landesweit zuständige, interdisziplinäre Einheit eingerichtet, die neben der Bekämpfung der schweren und Organisierten Rauschgiftkriminalität auch einen Fokus auf die Bekämpfung der Arzneimittelkriminalität legt.

Das für die Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität zuständige Dezernat im Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz beobachtet und bewertet darüber hinaus zusammen mit den nationalen und internationalen Polizeibehörden die Entwicklung der Betäubungsmittel- und Arzneimittelkriminalität sehr genau, um erkannten Lageentwicklungen und Trends mit geeigneten polizeilichen Maßnahmen begegnen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Dörte Schall